

Leipzig, den 01.08.2025

Pressemitteilung

Sparpolitik gefährdet Bildungsauftrag der Universität Leipzig

*Student*innenRat fordert finanzielle Verantwortung vom Land*

Die Universität Leipzig steht vor einem massiven strukturellen Haushaltsdefizit von 16 Millionen Euro für die Jahre 2026 bis 2028. Die Hochschulleitung reagiert mit einem zweistufigen Konsolidierungsplan – das könnte schwerwiegende Folgen für Lehre, Forschung und Studienbedingungen haben. Der Student*innenRat (StuRa) der Universität Leipzig warnt vor einem schleichenden Substanzverlust und fordert ein Umdenken in der sächsischen Hochschulpolitik.

„Das Ausbleiben der Sonderzuweisungen des Freistaates reißt ein riesiges Loch in den Haushalt. Diese Mittel sind kein Bonus, sondern essenziell für eine qualitativ hochwertige Ausbildung, für exzellente Forschung – und um gesetzliche Tariferhöhungen überhaupt stemmen zu können“, erklärt David Rennert, Referent für Lehre und Studium im StuRa. „Die Politik überträgt den Hochschulen immer mehr Aufgaben, ohne die nötigen Ressourcen bereitzustellen. Das ist unverantwortlich.“

Besonders kritisch sieht der StuRa, dass der geplante Personalabbau über „natürliche Fluktuation“ ausgerechnet jene trifft, die schon heute unter prekären Bedingungen arbeiten: befristet beschäftigte akademische Mitarbeitende. Damit geraten Lehrqualität und Betreuungsrelation weiter unter Druck – zum Nachteil der Studierenden.

Auch die angekündigte Überprüfung „wenig frequentierter“ Studiengänge alarmiert den StuRa. Gerade die Fächervielfalt sei ein Aushängeschild der Universität Leipzig: „Wer an den kleinen Fächern spart, gefährdet den Charakter einer Volluniversität und opfert Bildung einer ökonomischen Logik“, so Rennert.

Zwar begrüßt der StuRa ausdrücklich, dass Studierende unter Vertrauensschutz ihr begonnenes Studium sicher abschließen können – doch das reicht nicht aus: „Wir fordern nicht nur Bestandsschutz, sondern Planungssicherheit und Qualität für alle“, fügt Lily Landschreiber, Referentin für Lehramt, hinzu.

Der StuRa appelliert an den Freistaat Sachsen:

- Koppeln Sie Ihre Erwartungen an Hochschulen endlich an ausreichende Mittel!
- Stellen Sie Sonderzuweisungen zur Verfügung, die reale Bedarfe decken!
- Erhalten Sie die Vielfalt und Attraktivität sächsischer Hochschulen!

Ein echter Konsolidierungsprozess braucht Transparenz, Dialog und Mitbestimmung. Das für den 20. Oktober angekündigte Townhall-Meeting ist ein erster Schritt – nun muss die Landespolitik folgen.

Bei Fragen, melden Sie sich bei David Rennert (Referat für Lehre und Studium) unter lust@stura.uni-leipzig.de.